



Frank Heinrich

Mitglied des Deutschen Bundestages
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Menschenrechte und
humanitäre Hilfe

Pressemitteilung

Gut, dass die Jobcenter bleiben!

Berlin, 25.03.2010

Bezug:

Anlagen:

Frank Heinrich, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Paul-Löbe-Haus

Raum: 3.638

Telefon: +49 30 227-71981

Fax: +49 30 227-76729

Frank.Heinrich@bundestag.de

Wahlkreisbüro Chemnitz (163):

Markt 4

09111 Chemnitz

Telefon: +49 371-4952696

Fax: +49 371-4952695

Frank.Heinrich@wk.bundestag.de

Das Modell der Betreuung von Langzeitarbeitslosen „aus einer Hand“, d.h. durch die Jobcenter, in denen Kommunen und Arbeitsagenturen eng zusammenarbeiten, wird fortbestehen. Union, FDP und SPD einigten sich gemeinsam auf eine dafür notwendige Grundgesetzänderung.

Dazu Frank Heinrich, Fachmann für Fragen der Arbeits- und Sozialpolitik in der sächsischen Landesgruppe: „Ehrlich gesagt, bin ich richtig erleichtert. Die Herausforderungen dieses Jahres haben uns vor große Hürden gestellt. Eine davon haben wir mit dieser Einigung sehr konstruktiv und parteiübergreifend genommen.“

Dass die Jobcenter in ihrer jetzigen Form weiterarbeiten können, hat viele positive Folgen: die Strukturen der Einrichtungen werden gefestigt, die Perspektiven der Angestellten enden nicht am Jahresende, und für die in den Jobcentern betreuten Menschen gibt es keine verunsichernden Änderungen. Das wichtigste aber ist, dass den Kommunen gegenüber anerkannt wird, dass ihre Kenntnis der Gegebenheiten vor Ort – Arbeitsmarktlage, Ortskenntnis, Situation der Langzeitarbeitslosen etc. – gebraucht wird. Dieses Knowhow bleibt jetzt erhalten.

Die Einigung hat dazu geführt, dass die Jobcenter in „bewährter Praxis“ weiterarbeiten können, wie Ministerpräsident Stanislaw Tillich betont, anstatt durch eine Abwicklung der Einrichtungen „schieres Durcheinander“ zu erzeugen.

Die letzte Lesung im Bundesrat ist bereits für Juni anvisiert.

1.409 Zeichen/ 184 Wörter